Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: H. Fleischer, Druck und Verlag: P. Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorfer-Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 11. Mittwoch, den 14. Januar 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In der Frage der Reichskabinettsbildung wurde bis Montag kein wesentlicher Fortschritt erzielt. Es wird jetzt wieder an eine überparteiliche Regierung gedacht.

* Der Deutsche Reichstag ist für Mittwoch, 14. Januar, zu einer Sitzung einberufen.

* Große Protestversammlungen gegen die Nichträumung der Kölner Zone fanden in Köln und an anderen Orten statt.

* Die in Paris versammelten Finanzminister der Alliierten kamen zu einer Einigung über die Verteilung der Reparationseinkünfte aus Deutschland.

* Der amerikanische Staatssekretär Hughes tritt zurück und wird durch den bisherigen Botschafter in Paris Kellogg ersetzt. Man vermutet grundlegende Umstellung in der amerikanischen Außenpolitik.

Unsere handelspolitischen Waffen.

Mit Italien haben wir nun, nach dem 10. Januar, an dem Deutschland formell seine handelspolitische Freiheit zurückerhielt, ein handelspolitisches Provisorium, ebenso wird darüber mit England verhandelt, was schon im Handelsvertrag vorgesehen war. Dieser Handelsvertrag selbst ist noch nicht ratifiziert durch die beiderseitigen Volksvertretungen; aber es ist immerhin ein vertragsmäßiger Zustand vorhanden. Auch mit Belgien ist soeben ein solches handelspolitisches Provisorium getroffen worden, so daß ein vertragsloser Zustand zurzeit nur Frankreich gegenüber besteht.

Selbst wenn man von der rein politischen Konstellation (Ruhr- und Rheinbesetzung!) absieht, so ist unsere Rüstung für einen Zollkrieg mit Frankreich keineswegs sehr stark. Gewiß haben wir manches Gewichtige in die Wagschale zu werfen, wie z. B. den rheinisch-westfälischen Koks, der für die französische Eisenerzverhüttung von hoher Bedeutung ist. Gewiß können wir andererseits durch Verweigerung der Annahme des französischen Erzes der französischen Schwerindustrie manche Schwierigkeiten bereiten. Aber auch diese Rüstung deckt uns nicht voll. Denn bekanntlich sind wir durch den Dawes-Plan zu Sachlieferungen an die Entente verpflichtet. Es sind bei den Verhandlungen darüber Vereinbarungen getroffen worden, die uns eine Brennstoff(Kohlen- und Koks-)lieferung von nicht weniger als 500 Millionen Mark auferlegen. Hier hat unsere Rüstung also ein gewaltiges Loch, das wir nicht abstellen können, ohne uns den übernommenen und als solche oft betonten Verpflichtungen zu entziehen — selbst wnen von der Gegenseite ihre Verpflichtungen gar nicht eingehalten werden.

Außerdem hat sich die französische Schwerindustrie für die Zeit nach dem 10. Januar auch dadurch recht eifrig gerüstet: man hat nämlich, besonders in Süddeutschland, große französische Konsignationslager für namentlich „elsaß-lothringische" — mit und ohne Anführungsstriche — Industrieerzeugnisse aufgespeichert und einen dauernden Nachschub organisiert, um auch nach dem 10. Januar weiter konkurrieren zu können trotz eines etwaigen Zollkrieges. Dabei ist die wirtschaftliche Lage Frankreichs ausgezeichnet. Hatten wir im Jahre 1924 allein schon bei der Handelsbilanz einen Einfuhrüberschuß von rund 3 Milliarden Goldmark, so steht dem ein französischer Ausfuhrüberschuß von etwa 1,5 Milliarden Frank gegenüber. Die Zahlungsbilanz mag dieses Aktivsaldo der Handelsbilanz vielleicht beseitigen; denn Frankreich hat auch erhebliche ausländische Kredite aufgenommen, deren Zinsen ins Ausland wandern. Aber von den Kriegsschäden hat sich Frankreich so gut wie ganz erholt, teilweise ist dort die Vorkriegsproduktion schon überschritten, weil die neu aufgebaute Industrie in den zerstörten Gebieten naturgemäß ganz modern eingerichtet ist. Dazu kommt der schwerwiegende Zuwachs der elsässisch-lothringisch-saarländischen Industrie.

In Deutschland geht es desto schlechter. Die schwere Belastung unserer Handelsbilanz mit der Rohstoffeinfuhr läßt sich ja nur zum Teil beheben, weil uns ja große Teile unserer Rohstoffgebiete entrissen worden sind, was nicht nur für die industriellen, sondern auch nicht minder für die landwirtschaftlichen Gebiete gilt. Durch Erhöhung der Eigenproduktion läßt sich manches tun, aber längst nicht alles. Mehr aber sicherlich als durch die schon allmählich zum Schlagwort werdende „Forcierung der Ausfuhr", denn diese „Forcierung" hängt ja nicht bloß von dem Angebot, sondern ebenso von der Nachfrage ab. Und die ist gerade auf dem Gebiet der Eisenindustrie, die früher unseren stärksten Ausfuhrposten darstellte, wegen Überangebots ganz außerordentlich zurückgegangen — ganz abgesehen noch von den zollpolitischen Hemmungen, die man der Einfuhr deutscher Waren in stets wachsendem Maße — ganz besonders in Frankreich im neuen Zolltarif — entgegenstellt. Jede „Forcierung" der Ausfuhr — selbst wenn sie möglich wäre angesichts des Überangebots auf dem Weltmarkt, das schon vorhanden ist — zwingt uns aber bei unserer gänzlich ungenügenden Rohstoffunterlage auch zu einer Steigerung der Rohstoffeinfuhr. Gewiß ist diese zum großen Teil rein kreditmäßig gedeckt; aber diese ausländischen Kredite sind für Deutschland nur kurzfristig und zu hohen Zinsen zu haben, was man angesichts der jetzt wieder so ungünstigen politischen Lage Deutschlands dem ausländischen Geldgeber eigentlich gar nicht so sehr verdenken kann, die Produktionskosten der deutschen Wirtschaft aber naturgemäß stark belastet.

Das alles kann in diesem engen Rahmen nur angedeutet werden — worauf es ankommt, ist die Erkenntnis, daß ein Zollkrieg mit Frankreich für uns ein sehr gefährliches Unternehmen ist, weil unsere Industrie einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf mit Anwendung etwa des Mittels der Unterbietung gar nicht wagen kann, — weil sie es einfach nicht lange auszuhalten imstande ist. Jedenfalls nicht solange als die französische. Frankreich selbst — und das ist uns ein Trost — kommt für uns als industrielles Absatzgebiet nur wenig in Frage, da es sich durch den Krieg wirtschaftlich aus einem Land mit stärkerem agrarischen Charakter zu einem Industriestaat entwickelt hat, seinen Bedarf an Industrieprodukten jetzt zum allergrößten Teil selbst deckt, nach vielen Beziehungen hin darum schon auf die Ausfuhr nach Bedarfsländern, wie es Deutschland z. B. für Eisenerz ist, in stets wachsendem Maße angewiesen erscheint. Also hat man auch jenseits des Rheins das Bedürfnis nach einer Verständigung, bloß — man zeigt sie nicht. Fühlt sich am allerwenigsten zu einem Nachgeben bewogen aus irgendwelchen politischen Annäherungswünschen heraus, was die schwebenden Verhandlungen in Paris zur Genüge gezeigt haben.

Zurück zur Überparteilichkeit.

n. Berlin, 12. Januar.

Der Plan eines „überparteilichen" Kabinetts, einer Notregierung, den man mit dem Hervortreten Dr. Luthers als Nachfolger von Marx begraben glaubte, ist aus der Versenkung wieder emporgetaucht. Und das ging so zu. Nach ziemlich ergebnislosen Verhandlungen am Sonnabend endete eine Sonntag abgehaltene Besprechung der Zentrumsvertreter mit folgendem Beschluß: „Die den Vertretern der Zentrumsfraktion am 11. Januar in den Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister Luther übermittelten Erklärungen ermöglichen es der Zentrumsfraktion nicht, sich an dem vorgesehenen Kabinett zu beteiligen." Das richtete sich offenbar gegen die von Dr. Luther in Vorschlag gebrachten Persönlichkeiten, die auf Grund von Fraktionszugehörigkeiten ausgewählt waren. Damit war der Versuch Luthers, ein parlamentarisches Kabinett zubilden, also gescheitert. Und es blieb kein anderer Weg, als wieder auf die überparteiliche Idee zurückzugreifen. Für die Stellung des Zentrums sollen einige Anfragen mitentscheidend gewesen, welche die Fraktion an die Deutschnationalen oder auch an Dr. Luther gerichtet habe. Diese Fragen sollen sich dahin wiedergeben lassen, daß das Zentrum verlangt: Festhaltung der Richtlinien des Kabinetts Marx in der Außenpolitik, genaue Einhaltung der bestehenden Verfassung, Respektierung der Farben Schwarz-Rot-Gold als Reichsflagge und des im Amt befindlichen Reichspräsidenten. Bei der Beantwortung dieser Fragen hätten sich Unstimmigkeiten ergeben, die das Zentrum zu seiner Ablehnung gegenüber Luther brachten. Dieser nahm in einer Unterhaltung mit dem sozialdemokratischen Führer Müller-Franken Anlaß, zu erklären, er beabsichtige nicht die Schaffung einer Kampfregierung gegen die Sozialdemokratie. Müller-Franken deutete an, die Sozialdemokratie werde gegebenenfalls nicht vor den schärfsten Maßregeln bei der Abwehr einer Rechtsregierung zurückschrecken. Für die Deutschnationalen bleibt nach wie vor laut parteioffiziöser Stimme einer der wichtigsten Punkte die Gleichheit im Reiche und in Preußen. Es heißt: „Es wäre für die Deutschnationalen nicht tragbar, wenn etwa in Preußen als eventuelles Gegengewicht gegen das Kabinett im Reiche eine Regierung aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten gebildet würde."

Dr. Luther hat, wie gesagt, den schon von Marx betretenen Weg zum „überparteilichen" Kabinett eingeschlagen und heute darüber nach den verschiedensten Richtungen hin verhandelt, obwohl er den direkten Auftrag zur Regierungsbildung auch jetzt noch nicht angenommen hat. Wann sich endlich aus dem Durcheinanderbrodeln der Kräfte und Meinungen ein erträgliches Gebild gestalten wird, weiß der Himmel.

*

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Marx bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete betraut, die bisher der vom Amt entbundene Postminister Höfle versah.

*

Reichstagssitzung Mittwoch.

Der Reichstag, der anfänglich Dienstag schon tagen sollte, ist auf Mittwoch, 14. Januar, einberufen. Auf die Tagesordnung hat der Präsident vorläufig Anträge aus dem Hause gestellt, nämlich einige schleunige Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete, einen Antrag v. Rheinbaben (Deutsche Volkspartei) auf Änderung der Geschäftsordnung in bezug auf die kleinen Anfragen, einen Antrag Schücking (Demokrat) auf Wiedereinsetzung des Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfrage und einen sozialdemokratischen Antrag in bezug auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Ansetzung der Regierungserklärung bleibt noch vorbehalten.

Berlins Protest um Köln.

Berlin, 12. Januar.

Eine große Kundgebung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone veranstaltete gestern in der Aula der hiesigen Universität der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Rheinländer Dr. Kaufmann, der darauf hinwies, daß eine Welle der Entrüstung über den neuesten Vertragsbruch der alliierten Mächte durch ganz Deutschland gehe, sprachen der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Dr. Schnee, der Universitätsprofessor D. Deißmann und die Reichstagsabgeordnete Frau Klara Mende. In allen Reden kam die namenlose Enttäuschung Deutschlands über den kaum noch verschleierten Rechtsbruch der Entente, den einer der Redner als moralischen Frevel bezeichnete, zum Ausdruck. Einstimmig wurde schließlich eine im Sinne der Ausführungen der Redner gehaltene Entschließung angenommen.

Nach der Kundgebung empfing der Reichspräsident eine Abordnung der Verbände, um eine Protesterklärung gegen die weitere Besetzung der Kölner Zone entgegenzunehmen. Der Reichspräsident betonte in seiner Antwort, daß das Vertrauen in die Loyalität unserer Vertragsgegner verlorengehen müsse, wenn sie die Vertragsbedingungen nicht achteten.

*

Köln darf protestieren.

Köln, 12. Januar.

Die Besatzungsbehörden haben sich im letzten Augenblick doch noch eines andern besonnen und die von den politischen Parteien geplanten Kundgebungen gegen die Verlängerung der Besetzung gestattet, mit der Einschränkung jedoch, daß eine einheitliche Versammlung nicht stattfinden dürfe. So mußte denn jede Partei gesondert protestieren. Die Entschließungen, die in den Versammlungen einstimmig angenommen wurden, brachten allesamt die Entrüstung des betrogenen Deutschlands und sein Mißtrauen gegen die weiteren Schritte der Ententemächte zum Ausdruck. Der Redner der Deutschnationalen war Dr. von Dryander, für die Deutsche Volkspartei sprach Prof. Moldenhauer, für das Zentrum Redakteur Horndasch von der Kölnischen Volkszeitung, für die Demokraten Abgeordneter Ziegler und Justizrat Falk, für die Sozialdemokratie der Kölner Beigeordnete Dr. Meerfeld, für die Wirtschaftspartei der Landtagsabgeordnete D. Klamt. Eine Protestversammlung, an der sich sämtliche politische Parteien beteiligten und die von über 4000 Personen besucht war, fand in München-Gladbach statt.

Es sei noch bemerkt, daß infolge der Nichträumung Kölns das große Deutsche Pressefest am Rhein, das am 17. Januar stattfinden sollte, bis auf weiteres verschoben worden ist.

Finanzkompromiß in Paris.

Um Deutschlands Leistungen.

Bei der Beratung der Finanzminister der alliierten Staaten in Paris wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt. Diese stellt im wesentlichen fest: Die Kostenaufstellung der Sachverständigen der Länder ist als gültig anerkannt worden vorbehaltlich der Gutheißung durch die Reparationskommission. Danach sollen die militärischen Besatzungskosten des Ruhrkampfes aus den Dawes-Einnahmen gedeckt werden. Auf Grund der Verständigung über die Verrechnung der Ruhrgewinne wird der Restbetrag der belgischen Priorität auf 120 Millionen Goldmark festgesetzt. Belgien wird auch weiterhin bis zur Zahlung mit 8 % an den deutschen Zahlungen beteiligt bleiben, der Prozentsatz wird dann fortschreitend ermäßigt und zum Schluß der zweiten Jahresleistung auf die Hälfte herabgesetzt. Die übrigen 4 % werden den anderen Verbündeten zugute kommen. Die Besatzungskosten werden einschließlich der „Leistungen" (Eisenbahntransporte), die Deutschland bis zum 1. September unentgeltlich entrichtete, auf 160 Millionen Goldmark ermäßigt. Die amerikanische Forderung nach Rückerstattung der Besatzungskosten im Rheinland war von sämtlichen Verbündeten anerkannt worden. Frankreich und Belgien haben auch den amerikanischen Reparationsansprüchen zugestimmt, gegen die nur England Einspruch erhob. Churchill hat nun die Einwendungen der englischen Regierung zurückgezogen. Die Rückerstattung der Besatzungskosten in Höhe von 250 Millionen Dollar erfolgt in 24 Jahresleistungen, statt wie bisher angenommen in 12.

Englisch-amerikanische Annäherung.

Der Dawes-Plan für alle Staaten?

Der Rücktritt des bisherigen Staatssekretärs Hughes und sein Ersatz durch den Botschafter Kellog in London wird vielfach als Beginn einer grundsätzlichen Umstellung der amerikanischen Außenpolitik angesehen. In der Hauptsache soll es sich um eine merkbare englisch-amerikanische Annäherung handeln. Ideen Hughes,

die sich gegen Beteiligung Amerikas an der Europapolitik, gegen Japan und Sowjetrußland richteten, könnten nicht aufrechterhalten bleiben. Das Bündnis mit England sei notwendig, um Japan in Schach zu halten, die dauernde Weigerung, die Sowjetrepublik anzuerkennen, sei unhaltbar. Ferner wünschen Amerika und England für den finanziellen Aufbau Europas die Anwendung der Grundsätze des Dawes-Planes auf alle Staaten, deren Währung bedroht erscheint. Man wünscht eine Rückkehr Europas zur ehrlichen Geldwirtschaft, deren Fehlen Amerika bisher an der Verwertung seines Goldüberflusses gehindert hat.

Als Nachfolger des abberufenen Londoner Botschafters Kellog ist der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin Houghton in Aussicht genommen.

Um die badischen Beamtengehälter.

§ Leipzig, 12. Januar.

Die badische Regierung hatte nach einer Verordnung vom 12. Dez. 1924 den Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 6 eine Zulage zu den Grundgehältern von 20% bewilligt, wogegen die Reichsbeamten durch Verordnung des Reichsfinanzministers nur 12½% erhalten. Der Reichsfinanzminister hatte dagegen Einspruch erhoben und das Reichsschiedsgericht hat nun in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Einspruch für begründet zu erklären.

Das Handelsprovisorium mit Italien.

Wie aus Rom gemeldet wird, ist dort am Sonnabend zwischen dem deutschen Botschafter und dem Generalsekretär des italienischen Auswärtigen Amtes ein Modus vivendi für die Neuregelung der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen abgeschlossen worden. Das Abkommen wurde noch am selben Tage im Büro des deutschen Botschafters durch Mussolini unterzeichnet. Es handelt sich hierbei um ein provisorisches Abkommen zwischen Deutschland und Italien, das notwendig war, da es sich nicht ermöglichen ließ, bis zum 10. Januar mit Italien zum Abschluß eines offiziellen Handelsvertrages zu kommen. Der Inhalt dieses Provisoriums zeigt jedoch, daß es lediglich technische Schwierigkeiten waren, die dem Abschluß dieses Handelsvertrages bis jetzt entgegenstanden.

Das vorläufige Abkommen ist völlig von verständigem und freundschaftlichem Geiste durchweht. Der Modus vivendi hat eine Dauer von 3 Monaten und läuft am 31. März 1925 ab. Bis dahin hofft man auf beiden Seiten ganz bestimmt, die Unterzeichnung eines endgiltigen Handelsvertrages vornehmen zu können. In der Frage der Meistbegünstigung, die von Deutschland bei all seinen Handelsvertragsverhandlungen in den Vordergrund gestellt wird, hat Italien keinerlei besondere Schwierigkeiten gemacht. Auch das Handelsprovisorium stützt sich bereits auf den Grundsatz der Gegenseitigkeit und der Meistbegünstigung. Die italienische Presse hebt die Bedeutung dieses Provisoriums hervor und gibt der Meinung Ausdruck, daß die Verhandlungen für den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages erfolgreich gewesen sind. Auch in Deutschland begrüßt man es, daß nach Wegfall der einseitigen Bestimmungen des Versailler Vertrags die Handelsbeziehungen mit Italien eine vernünftige Form erhalten werden. Der Abschluß des Handelsprovisoriums ist umso bedeutungsvoller, als auf beiden Seiten nicht geringe Schwierigkeiten überwunden werden mußten.

Nachdem es nunmehr gelungen ist, mit Italien, mit der Schweiz, mit Amerika und mit England zu einer handelspolitischen Regelung zu kommen, erledigt sich die immer wiederkehrende französische Behauptung, Deutschland sabotiere systematisch die Handelsvertragsverhandlungen, von selbst. Trotz der wirklich nicht freundlichen Haltung, die Frankreich in der letzten Zeit uns gegenüber eingenommen hat, ist Staatssekretär Trendelenburg wieder nach Paris zurückgekehrt und bemüht sich unablässlich, mit den Franzosen zu einer Verständigung zu kommen. Mit welchem Geiste man auf französischer Seite teilweise den Verhandlungen gegenübersteht, ersieht man z. B. aus einer Aeußerung des Ministers der öffentlichen Arbeiten im Kabinett Poincaré, Troquer, der meint, Trendelenburg und die anderen deutschen Sachverständigen hätten schon längst nachgegeben, wenn die Ruhr noch unter militärischer Besetzung stände. Wir sind der Auffassung, daß die Fortsetzung der Methoden, wie sie Herr Poincaré und Herr Troquer im Ruhrgebiet anwandten, in Wirklichkeit dazu geführt hätten, daß Deutschland jetzt überhaupt nicht mit Frankreich über den Abschluß eines Handelsvertrages verhandeln würde. Auf welcher Seite aber das größere Interesse für einen solchen Abschluß besteht, ist schon so oft gesagt worden, daß es sich erübrigt, noch einmal besonders darauf einzugehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Abgeordnete als Aufsichtsratsmitglieder.

Der Reichsausschuß der Handels- und Industriebeiräte der Zentrumspartei hat die Fraktion des Zentrums ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Mitglieder, soweit sie nicht berufsmäßig durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit berechtigte Veranlassung haben, den Eintritt in Aufsichtsräte und ähnliche Organe von Erwerbsgesellschaften nicht ohne jeweilige Verständigung mit der Fraktionsleitung vollziehen.

Schadenersatz für beschlagnahmte deutsche Schiffe.

Aus Washington wird gemeldet, daß Staatssekretär Hughes sich bereiterklärt hat, für die deutschen Handelsschiffe, die bei Ausbruch des Krieges in amerikanischen Gewässern beschlagnahmt wurden, Schadenersatz zu zahlen. Bekanntlich befindet sich unter diesen Schiffen auch der Dampfer „Vaterland", der jetzt den Namen „Leviathan" trägt.

Einspruch gegen Enteignungen durch Polen.

Amtlich wird mitgeteilt: In der polnischen Presse sind in derletzten Zeit Nachrichten des Inhaltes erschienen, daß die polnische Regierung von dem ihr nach dem Genfer Abkommen über Oberschlesien zustehenden Recht der Enteignung deutschen Grundbesitzes Gebrauch zu machen beabsichtigt. Es erscheint daher angebracht, darauf hinzuweisen, daß ein Einspruchsrecht gegen die Enteignung besteht, wenn die Voraussetzung der deutschen Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen nicht zutrifft oder wenn die betroffene Gesellschaft nicht von deutschen Reichsangehörigen kontrolliert wird. Ein derartiger Einspruch muß aber innerhalb eines Monats, von der Notifikation ab, bei dem Gemischten Deutsch-Polnischen Schiedsgerichtshof eingebracht werden. Interessenten ist daher zu raten, sich sofort an die deutsche Staatsvertretung beim Gemischten Deutsch-Polnischen Schiedsgericht, Berlin, Prinz-Albrecht-Straße 1—3, zu wenden.

Bayerisches Konkordat vor dem Reichstag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, die sich mit dem Konkordat beschäftigt. Die Interpellation besagt, daß sowohl das Konkordat als auch die Verträge mit den evangelischen Kirchen, wie sie die bayerische Regierung dem Landtage vorgelegt hat, in mehrfacher Hinsicht die Reichsverfassung verletzen, und fragt an, was die Reichsregierung zum Schutz der Reichsverfassung zu tun gedenke.

Steuerverteilung an preußische Gemeinden.

Der Minister des Innern gibt folgende Steuerverteilungen bekannt: a) Einkommensteuer (Abschlag für Januar) auf jeden Rechnungsanteil des abgerundeten Verteilungsschlüssels für 1924 für die Gemeinden 1,20, Landkreise 0,19, Provinzen 0,10 Reichspfennig. b) Dotationen (Abschlag für Januar). Gesamtbetrag 800 000 Reichsmark.

Der Ebert-Prozeß vor dem Preußischen Landtag.

Die Demokraten haben im Preußischen Landtag eine Anfrage eingebracht, in der behauptet wird, daß nach Bekundung durch angesehene Persönlichkeiten der als Gerichtsvorsitzender im Beleidigungsprozeß des Reichspräsidenten bekanntgewordene Landgerichtsdirektor Beversdorf in Magdeburg wiederholt Äußerungen habe fallen lassen wie „Der einzig mögliche Reichspräsident ist Ludendorff!", und mit deutlichem Hinweis auf den Reichspräsidenten: „Der Sattlergeselle muß dort oben verschwinden!" Diese und ähnliche Äußerungen des Landgerichtsdirektors Beversdorf seien im Justizministerium bekannt gewesen, als Beversdorf zum Landgerichtsdirektor befördert wurde.

Polen.

× **Der Konflikt mit Danzig beigelegt.** Im Ministerrat, der den Danziger Konflikt behandelte, erklärten Vizepremierminister Thugutt und Außenminister Skrzynski Pressevertretern, daß die Regierung den Konflikt wegen der Postkästen durch die letzte Danziger Note für beigelegt halte und in dieser Note ausreichende Genugtuung sehe. Die grundsätzliche Frage polnisch-postalischer Rechte in Danzig unterläge der Entscheidung des Völkerbundkommissars und evtl. später des Völkerbundes.

China.

× **Neuer Staatsstreich.** Nach den letzten Meldungen hat Chi-Hsien-Yuan den von Peking ernannten Ministergouverneur Chang-Yun-Ming vertrieben und von der Stadt Schanghai Besitz ergriffen. Der Staatsstreich sei deshalb ausgeführt worden, um Schanghai gegen Lu-Yung-Hsiang zu halten, der, nachdem seine Macht durch den Sieg Tschang-Tso-Lins über Wu-Pei-Fu wiederhergestellt wurde, Manking besetzt habe. Man nimmt an, daß Lu-Yung-Hsiang versuchen werde, seine alte Provinz Tsekiang wiederzuerhalten und Sun-Chuan-Sang zu vertreiben. — Der Kampf der verschiedenen Generäle und Gouverneure untereinander geht also weiter.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Sozialdemokraten haben im Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über Wiederaufnahme des Verfahrens gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte vorgelegt.

Wien. Der kommunistische reichsdeutsche Abgeordnete Katz wurde gegen 50 Millionen Kaution, die die kommunistische Reichstagsfraktion stellte, aus der Haft entlassen. Er mußte eine Erklärung abgeben, daß er bis zur Verhandlung seines Prozesses in Wien bleiben werde.

Belgrad. Eine besondere Ausgabe des „Hrvat" bringt die Nachricht, daß der Gerichtssenat von Agram das Verfahren gegen die kroatische republikanische Bauernpartei und ihre Führer, unter denen sich der verhaftete Raditsch befindet, als gesetzlich unbegründet eingestellt hat.

Kairo. Abdel Rahman Bey Fahmy, der im Jahre 1921 die „Rache-Gesellschaft" organisierte und der nach der Ermordung des Sidar verhaftet worden war, ist wegen Mangels an Beweisen freigelassen worden.

Vermischte Tagesnachrichten aus aller Welt.

Stillstand in den deutsch-japanischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 12. Januar. Wie man erfährt, ruhen die deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen zurzeit vollständig. Da es Deutschland nicht möglich ist, einen Handelsvertrag mit Japan abzuschließen, wenn die jetzigen Einfuhrbestimmungen für deutsche Farbstoffe in Japan bestehen bleiben, hat die japanische Delegation bei der Regierung in Tokio telegraphisch um weitere Instruktionen gebeten.

Deutsche Verkehrsausstellung München 1925.

Berlin, 12. Januar. Der Verband Deutscher Luftfahrzeugindustrieller teilt mit: Auf Grund einer Vereinbarung mit der Geschäftsleitung der Ausstellung hat der Verband Deutscher Luftfahrzeugindustrieller e. V. den für die Abteilung Luftverkehr zur Verfügung gestellten Raum für eine Sammelausstellung der deutschen Luftfahrzeugindustrie gepachtet und den Aufbau dieser Abteilung übernommen. Anmeldungen zu dieser Sammelausstellung werden noch bis zum 10. Februar dieses Jahres angenommen.

Der gewerkschaftliche Gedanke in der Beamtenbewegung.

Berlin, 12. Januar. Auf der Tagung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erstattete der Bundesvorsitzende Falkenberg den Geschäftsbericht. Er sagte, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund grundsätzlich den gewerkschaftlichen Gedanken in der Beamtenbewegung betonen wolle. Zurzeit gehören dem Bund 21 Verbände an. Als Rückwirkung des Personalabbaus verzeichnet der Geschäftsbericht einen Mitgliederrückgang.

Hamburger Beschlüsse über Aufwertung.

Hamburg, 12. Januar. Die Finanzdeputation erklärte auf eine Anfrage, daß ihrer Überzeugung nach eine Aufwertung aller Anleihen nur übereinstimmend von sämtlichen Ländern und Gemeinden vorgenommen werden könne, da auch sämtliche Reparationslasten gemeinsam und in gleicher Höhe getragen werden müßten, und daß es sich nur um eine Berücksichtigung der alten Anleihezeichner handeln könne.

Der neue Bischof von Schleswig.

Dresden, 12. Januar. Die erste ordentliche Landessynode der Evangelisch-lutherischen Kirche in Schleswig-Holstein hat, nachdem Professor Dr. Rendtorff-Leipzig die auf ihn gefallene Wahl nicht hat annehmen können, Probst Völkel in Itzehoe zum Bischof von Schleswig gewählt.

Versiegelte Lippen.

Roman von A. M. Alten.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Plaumann bekam einen Anfall tugendhafter Entrüstung.

„Sie verkennen mich ganz, Herr Baron. Wenn ich Ihnen etwas mitteile, so geschieht das nur aus alter Anhänglichkeit an die Familie. Schließlich wird es ja nicht mehr lange ein Geheimnis bleiben," er verzog den Mund und versuchte, traurig auszusehen, „es geht mit dem Herrn stark bergab."

Ein lauernder, gieriger Zug erschien einen Augenblick in dem Gesicht des jungen Mannes.

„Quasseln Sie nicht lange, sondern reden Sie!"

„Ich fürchte, ich habe dem Herrn Baron nichts Günstiges zu berichten."

„Zum Donnerwetter, Mensch, so reden Sie doch nun endlich!" Baron Enno von Boysen ergriff einen der schweren Stühle, und stieß ihn mit solcher Gewalt auf den Boden, daß er in allen Fugen krachte. „Reden Sie, oder —" Die Hand, die sich um die Stuhllehne krampfte wurde weiß.

Plaumann griff umständlich nach seiner Brieftasche. Während er sie mit langsamen Bewegungen hervorholte, schielte er auf das blasse, erregte Gesicht, das dicht vor ihm war. Ebenso langsam öffnete er sie.

Der andere stand vor ihm wie ein Raubtier, bereit, sich auf seine Beute zu stürzen.

Einen schmalen Zettel holte er hervor, entfaltete ihn ebenso umständlich.

Die Hände des jungen Barons zitterten. Man sah es, er hielt sich mit Gewalt zurück, dem Langsamen das Papier zu entreißen, das sein Schicksal trug.

Und nun las Plaumann, Wort für Wort betonend, breit und hämisch.

„Meinem Neffen, Enno von Boysen-Altenhausen vermache ich das Bündel ihn betreffende Quittungen, das unter seinem Namen in meinen Papieren zu finden ist. Er wird daraus sehen, daß er bereits weit mehr erhalten hat, als ihm von rechts wegen aus meinem Nachlaß zufallen sollte."

Jetzt krachte der Stuhl noch einmal in den ihn krampfhaft umspannenden Händen. Ein blasses, verzerrtes Gesicht grinste Plaumann entgegen. Mit atemloser Spannung waren die tiefliegenden Augen auf ihn geheftet, und der blasse, zitternde Mund stieß tonlos hervor:

„Weiter."

„Da ich in ihm jedoch, als dem einzigen Sohn meines ältesten Bruders, den Träger unseres Namens erblicke, bestimme ich, daß ihm jährlich eine Rente von fünftausend Mark ausgezahlt wird."

Weit schleuderte die zitternde Hand den Stuhl von sich. Er fuhr knapp an dem erschrockenen Plaumann vorüber, und splitterte krachend gegen die Wand.

„Verdammter Bettel!" schrie Baron Enno von Boysen auf. Dann faßte er Plaumann bei der Schulter und schüttelte ihn. „Weiter nichts, weiter nichts?"

Mit einem unwilligen Ruck befreite sich der Geschüttelte.

„Ich muß doch sehr bitten, Herr Baron, doch sehr bitten."

Der junge Mann griff mit der Hand nach der feuchten, bleichen Stirn.

„Lassen Sie es gut sein, ich —"

„Man ist doch auch sozusagen ein Mensch, Herr Baron."

„Na ja, na ja, ich wollte Ihnen ja auch nicht zu nahe kommen. Aber das, das —"

„Es ist noch nicht zu Ende, Herr Baron. Der alte Herr hat noch bestimmt, für den Fall, daß —" Plaumann sprach jetzt in gereiztem Ton. Offenbar war er verdrossen.

Ein Hoffnungsstrahl flackerte in den Augen des jungen Barons auf.

„Na, zum Donnerwetter, wollen Sie reden!"

„Und wenn ich nicht wollte?" sagte Plaumann scharf. Er hatte sich jetzt ganz aufgerichtet, das Geschmeidige in seinem Wesen war vollständig verschwunden.

Verächtlich musterte ihn der junge Baron. Mit Mühe hielt er sich zurück.

„Na, dann nicht, wenn Sie nicht wollen."

Aber das war nicht nach Plaumanns Geschmack. Er wollte seinen Triumph haben.

„Sollte mein Neffe indessen den Versuch machen wollen, sich der Landwirtschaft zu widmen, so steht es ihm frei, drei Jahre lang in Hasselrode unter meinem Amtmann Dörwald zu arbeiten. Je nach dem Ausfall dieses Versuches werden die weiteren Bestimmungen meines Testamentes alsdann maßgebend werden."

Baron Enno von Boysen stieß einen knirschenden Laut aus. Das sah ihm ähnlich, dem Alten! Sieht ihm ähnlich. Mich nach Hasselrode einsperren zu wollen, zu dem Dörwald, dem Bauern! Mich mit lumpigen fünftausend Mark im Jahr sitzen zu lassen, für die paar Hundert, die er für mich bezahlt hat! Verdammte Pfennigfuchserei! — Er hatte sich in einen Lehnsessel geworfen, und starrte abwesend vor sich hin, während er seinen Schnurrbart malträtierte. Dann fuhr er wieder in die Höhe. „Und wer erbt denn, wer?"

Herr Plaumann hatte ihn während der ganzen Zeit nicht aus den Augen gelassen. Sein glattrasiertes Gesicht verriet nichts von dem, was in ihm vorging. Und jetzt machte er eine bedauernde Miene.

„Herr Baron, das kann ich wirklich nicht. Den Passus, der Sie betrifft, habe ich mir aufnotiert, weil ich es Ihnen nun einmal in einer schwachen Stunde versprochen habe." Aber da zuckte ein fast diabolisches Grinsen über das bartlose Gesicht. Er hatte einen plötzlichen Einfall. „Etwas kann ich Ihnen doch noch sagen. Ein paar verwunderliche Bestimmungen hat der alte Herr getroffen. Vielleicht wäre es Herrn Baron doch nützlich, das zu wissen. Und wenn Herr Baron mir's vielleicht schriftlich geben wollten, daß wegen der kleinen Geschichte, Herr Baron wissen ja, kein Aufhebens mehr gemacht wird —"

Baron Boysen lachte nervös.

„Was könnte Ihnen das nützen, Plaumann! Sie trauen mir ja doch nicht. Und wenn Sie's auch schriftlich haben, wer steht Ihnen dafür, daß ich mein Versprechen auch halte?"

Ueber Plaumanns Gesicht ging ein schlaues Lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

Der kommende Auer-Prozeß.

München, 12. Januar. Wie man erfährt, hat in dem am 26. Januar beginnenden großen Prozeß des Abgeordneten Auer die Verteidigung der Rechtsanwalt Karl Liebknecht, Berlin, übernommen. An hervorragenden Zeugen sind u. a. geladen: der frühere Kriegsminister von Helligrath, Staatsminister a. D. Brettreich, Universitätsprofessor Dr. Doeberl, Chefredakteur Osterhuber vom Bayerischen Kurier, Graf Arco usw.

Polnisch-russischer Eisenbahnkongreß.

Warschau, 12. Januar. Zur Ausführung der kürzlich in Warschau ratifizierten polnisch-russischen Eisenbahnverträge trat in Warschau eine polnisch-russische Konferenz zur Regelung des Eisenbahngrenzverkehrs zusammen.

Englische Station für Flieger in Singapore.

London, 12. Januar. Nach einer Meldung des „Daily Expreß" beschäftigt sich die Regierung gegenwärtig mit der Frage der Schaffung einer bedeutenden Station für Luftfahrzeuge in Singapore.

Reichstagseröffnung in Schweden.

Stockholm, 12. Januar. Der Reichstag wurde heute vom König eröffnet. In seiner Thronrede führte der König u. a. aus: Die Beziehungen Schwedens zu den fremden Mächten sind gut. Wir leben noch immer unter den Nachwirkungen des Weltkrieges. Für den friedlichen Wiederaufbau und die Völkerversöhnung sind im vergangenen Jahre neue und große Leistungen vollbracht worden, aber ein entscheidender Wendepunkt ist nicht erreicht worden. Der Haushaltsplan ist wie in den letzten Jahren unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit aufgestellt. Neue Steuern oder Steuererhöhungen sind nicht notwendig gewesen.

Vernichtung wertvoller Schriften durch Brand.

Rom. 12. Januar. In der Bibliothek und dem Archiv des Palazzo Rospigliosi brach ein Feuer aus, dem eine ganze Reihe von Büchern und Pergamenten zum Opfer fiel.

Frankreichs Botschafter bei den Sowjets.

Moskau, 12. Januar. Der französische Botschafter Jean Herbette ist hier eingetroffen und am Bahnhof u. a. von den Vertretern des Volkskommissariats des Äußern empfangen worden. Herbette sprach den Journalisten seine Genugtuung über den freundschaftlichen Empfang aus und erklärte, er sei glücklich und stolz, als erster französischer Botschafter nach der Sowjetunion gekommen zu sein. Abends wurde Herbette von Tschitscherin empfangen. Die Unterhaltung dauerte anderthalb Stunden.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 14. Januar.

Sonnenaufgang	8^{7}	Mondaufgang	9^{1} N.
Sonnenuntergang	4^{11}	Monduntergang	10^{9} V.

1814 Einnahme von Wittenberg. — 1890 Karl Gerok in Stuttgart gest.

---

* Die Zusammenkunft der Gesangvereine von Warmbrunn und Herischdorf fand am Sonnabend auf dem Weihrichsberge statt. Trotz des herrlichsten Wetters und hellem Mondenschein war der Besuch ein sehr mangelhafter, denn es waren noch nicht 60 Sänger erschienen. Wars zu kalt, wars zu weit, oder wollten die Fehlenden die anderen erst mal probieren lassen, wie es abläuft? Wer kennt die Gründe? Nichtsdestoweniger sprach der Vorsitzende der „Liedertafel", Herr Lehrer Schönfeld, welche die Anregung zur Zusammenkunft gegeben hatte, die Zuversicht aus, daß unsere nächste Zusammenkunft einen besseren Erfolg zeitigen werde, wenn die Säumigen erfahren, wie gut die heutige verlaufen sei. Der Grund der heutigen Zusammenkunft sei, redliche Kameradschaft zu pflegen auf dem Boden der Geselligkeit und im deutschen Liede; aller Zwist und Widerstreit müsse schwinden im deutschen Liede, wir wollen aus dem heiligen Bronnen trinken und uns stärken zu frischen Taten; Freude und Lust sollen heute unter uns weilen. Zum Schluß der Rede erklang das „Lied hoch" unter Leitung des Herrn Kantor Haensel. Der Abend verlief bei frohem Sang und Becherklang in harmonischster Weise. Auch die Vorsitzenden der übrigen anwesenden Vereine gelobten in ihren Ansprachen, den freundschaftlich-geselligen Verkehr mit den Brudervereinen zu pflegen und sprachen die Hoffnung aus, daß sich die gemeinsamen Zusammenkünfte bald und unter größerer Beteiligung wiederholen möchten.

* Der Kaufmännische Verein hielt am gestrigen Montag in der „Flotte" eine Versammlung ab, zu welcher auch sämtliche Inhaber öffentlicher Verkaufsstellen und Innungsvorstände geladen waren. Es wurde zu Punkt 1: Geschäftszeit und Ladenschluß der einzelnen Branchen an Sonn- und Feiertagen durch den Vorsitzenden, Herrn Zimpel, die Bestimmungen hierfür bekannt gegeben und darauf aufmerksam gemacht, daß seitens der Behörden und Beamten auf strengste Innehaltung dieser Bestimmungen geachtet wird. — Punkt 2 betraf die Ausdehnung der an Sonntagen zum Verkauf zugelassenen Artikel. Der größte Teil der anwesenden Branchen sprach sich gegen die Offenhaltung der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen mit der Begründung aus, daß es sich nicht lohne, die Sonntagsruhe zu opfern für Einnahmen von säumigen Käufern, weil diese äußerst geringen Einnahmen in gar keinem Verhältnis zu diesem Opfer stehen. Unser Badeort sei nicht mit anderen Orten, wie Salzbrunn, Reinerz, Krummhübel, Schreiberhau, Flinsberg zu vergleichen. Die Zigarrenhändler dagegen erklärten sich für Offenhaltung ihrer Geschäfte in der Mittagszeit. Nach längerer Aussprache, in welcher besonders noch darauf hingewiesen wurde, daß man die Anregung der Behörde, den Verkauf anderer Artikel als Reiseandenken an Sonntagen nicht so ohne weiteres von der Hand weisen sollte, wurde abgestimmt. Für die Ausdehnung der an Sonntagen zum Verkauf zugelassenen Artikel stimmten schließlich die Zigarrenbranche, die Fleischer, die Drogerien und ein Teil der Lebensmittelbranche. — Punkt 3 betraf den Antrag auf Ausdehnung der geschäftsfreien Sonntage von zehn auf zwanzig. Er wurde mit Ausnahme der Zigarrenbranche abgelehnt. — Bekanntgegeben wurde, daß bei den jetzt fälligen Einkommensteuer-Vorauszahlungen für Oktober, November, Dezember 24 eine Kürzung des Steuerbetrages um ¼ der Summe stattfinden darf.

* Tagesordnung für die Gemeindevertretersitzung in Warmbrunn am Freitag, den 16. d. Mts., Mts., abends 7½ Uhr. 1. Kenntnisnahmen: a) Revisionsprotokolle der Gemeindekasse und Gemeindesparkasse vom 18. v. Mts. b) Glückwunschschreiben an verdienstvolle Ehrenbeamte der Gemeinde. c) Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. d) Nachrichten aus der Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. — 2. Beschlußsachen: 1. Neuer Vertrag mit der Aktiengesellschaft für Gas und Elektrizität in Köln. 2. Straßenbeleuchtungskalender für 1925. — 3. Einrichtung von elektrischer Straßenbeleuchtung in den Hauptverkehrsstraßen. 4. Aenderung der elektrischen Straßenbeleuchtung in der Friedrichstraße und Brucestraße. Beschaffung einer Rechenmaschine. 6. Austausch eines Erdkabels zur Versorgung des Wasserwerks mit elektrischer Kraft. 7. Ablehnung des Amtes als Beisitzer des Mieteinigungsamts durch Rentner Louis Katzlan, eventl. höhere Heranziehung zu den Gemeindesteuern. 8. Mehrkosten bei dem Erweiterungsbau der Wagenremise im Gemeindeamt. 9. Verstärkung des Titels 2a und 1 der Gemeindegrundeigentumsverwaltung. 10. Beleihung von Gemeindegrundbesitz durch hypothekarische Belastung. 11. Zuschläge zur Hauszinssteuer zur Bildung eines Ausgleichsstocks für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden. 12. Aenderung der Bau- und Straßenfluchtlinie der verlängerten Parkstraße. 13. Einstufung der Stenotypistin von Gruppe 3 nach Gruppe 4. 14. Einstufung des Büroangestellten Winkler von Gruppe 4 nach Gruppe 5, event. Ueberweisung der Angelegenheit vor das Kommunaleinigungsam.. 16. Ueberweisung der Angelegenheit betr. Uebernahme von zwei Dauerangestellten ins Beamtenverhältnis vor das Kommunaleinigungsamt. 16. Ueberweisung der Angelegenheit betr. Anerkennung von Angestellten zu Dauerangestellten vor das Kommunaleinigungsamt. — B. Geheime Sitzung. Ergänzung des Beschlusses vom 18. 12. betr. Anstellung der Frau Direktorin Zickler vom Werkenthin-Füllner-Lyzeum hinsichtlich der Zahlung des Gehalts und event. Ruhegehaltsbezüge als Gemeindeangestellte aus der Lyzealschulkasse sowie Festsetzung des Anstellungsvertrages. 18. Ergänzung des Beschlusses vom 18. 12. betr. Anstellung der Studienrätin Frl. Dr. Droop in ihrer Eigenschaft als akademische Lehrkraft des Werkenthin-Füllner-Lyzeums als Gemeindebeamtin bei Erhöhung der Bezüge nach den staatlichen Besoldungsgrundsätzen der Gruppe 10 sowie Festsetzung des Anstellungsvertrages. 19. Erhöhung der Bezüge nach den staatlichen Besoldungsgrundsätzen (Gruppe 10) an Frl. Dr. Droop für das Schuljahr 1924. 20. Einbeziehung der unvermuteten Prüfung der Gemeindekasse und Jahresrechnungen derselben in den Revisionsplan des Schlesischen Sparkassenverbandes. 21. Kaufangebot betr. das Pielersche Grundstück. — 3. Mitteilungen. a) Gemeinderundfunk.

* Grober Unfug. Im Laufe des letzten Monats sind, vermutlich von jugendlichen Personen, im Uebermut Gartenzäune eingebrochen und Zaunständer beschädigt worden. Es kommen besonders die Gärten vor den Grundstücken in der Hermann Stehrstraße inbetracht. Zweckdienliche Angaben werden an das Polizeiam erbeten.

✠ Voigtsdorf. Der hiesige Militär-Begräbnisverein hielt am Sonntag, den 11. Januar seine Hauptversammlung im „Lindenhof" ab. Der Vorsitzende, Gutsbesitzer Heinrich Gottwald, erstattete den Jahresbericht. Der Verein zählt 111 Mitglieder, darunter noch drei Veteranen. Durch Zuruf wurde der satzungsgemäß ausscheidende Schriftführer Kantor G. Wolf und drei Beisitzer einstimmig wiedergewählt. Dem Vereinsboten Hermann Weißig der nun vierzig Jahre sein Amt treu und gewissenhaft verwaltet, widmete der Vorsitzende besondere Dankesworte. Das Eintrittsgeld wurde wie folgt herabgesetzt: es beträgt beim Eintrittsalter bis 30 Jahre 5 Mk., über 30 Jahre 10 Mk. Das letzte Vereinsschießen fand auf dem neueingerichteten 160 Meter langen Schießstande am Scholtiseipusche statt. Die Königswürde errang mit 66 Ringen auf der 24-Ringscheibe Gutsbesitzer Joh. Hauptmann, Marschall wurde mit ebenfalls 66 Ringen Fleischermeister Paul Prenzel. Dem Könige wird nach alter Sitte beim nächsten Schießen die Ehrenscheibe gehängt werden. Am 7. Februar veranstaltet der Verein ein Vereinsvergnügen mit Konzert beim Kameraden Feist im „Lindenhof". Für das Konzert soll die Kapelle der ehemaligen Militärmusiker verpflichtet werden. — Der wieder ins Leben gerufene Männergesangverein „Konkordia" zählt zurzeit wieder 33 singende und eine Anzahl fördernde Mitglieder. Vorsitzender des Vereins ist Kantor Bruno Haetzold, Liedermeister Lehrer Max Schott. Im Frühjahr veranstaltet der Verein eine Gesangsaufführung im Wiesnerschen Saale. — Auch in unserem Ort lief am Freitag in zwei Vorstellungen der Galiläer-Film und gestaltete Kindern und Erwachsenen das Leben und Leiden des Heilandes zu tiefem, innerem Erleben.

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengerichts-Sitzung.

Hirschberg, den 10. Januar.

Wegen Betruges im Rückfalle hatte sich heute der mehrmals vorbestrafte Kaufmann Arthur Dalch sowie der Kaufmann Hermann Schulz wegen Beihilfe dazu, beide von hier, zu verantworten. Ohne im Besitze von Holz zu sein verkaufte D. der Firma Richter in Schneeberg 500 Festmeter Bauholz und ließ sich 40 Prozent der Kaufsumme gleich 4820 Mark anzahlen. Er lieferte das Holz jedoch nicht, sondern beauftragte auf drängen der Fa. den Kaufmann Schulz mit der Lieferung. Da D. ihm nicht sicher genug war, führte auch er die Lieferung nicht aus. Auch an die Firma Heinicke in Dorndorf verkaufte der Angeklagte Holz und ließ sich 1230 Mark Anzahlung geben, ohne Holz liefern zu können. Seine Angaben, daß es mit 2 Holzfirmen zwecks Ankauf von Holz verhandelt habe, konnten das Gericht nicht von seiner Unschuld überzeugen, da er die Anzahlungen verbraucht hatte und ihm nicht genügend Geldmittel zum Abschluß eines Kaufes zur Verfügung standen. Das Gericht verurteilt ihn wegen Rückfallbetruges in 2 Fällen zu 9 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Schulz wird freigesprochen, da ihm eine Beihilfe zum Betrug nicht nachgewiesen werden konnte.

Der wohnungslose Arbeiter Georg Blümel aus Wiesa, der wohnungslose Arbeiter Fritz Brückner aus Greiffenberg und der Arbeiter Willy Glaubitz aus Greiffenberg sind wegen Diebstahls und der Geschäftsreisende Karl Muros sowie der Sattlermeister Gerhard Dresler beide aus Greiffenberg wegen Hehlerei angeklagt. Die drei ersten Angeklagten hatten gemeinsam auf dem Rittergut Wiesa bei Greiffenberg vom Schüttboden am 22. Nov. 24 2 Zentner Weizen u. einen Sattel entwendet. Das Diebesgut verkauften sie an die 2 andern Angeklagten. Am 25. Nov. entwendeten sie wiederum 8 Zentner Weizen, der bei der Nachforschung bei dem Angeklagten B. gefunden und ihm abgenommen wurde. Die 3 ersten Angeklagten sind geständig. Sie erhalten Blümel und Brückner je 6 Wochen Gefängnis und Glaubitz 4 Wochen Gefängnis. Sämtliche Strafen sind durch die Untersuchungshaft als verbüßt anzusehen. Die Angeklagten Muros und Dresler werden von der Anklage der Hehlerei freigesprochen.

Die Bankbeamten Willy L., Erich Th., Karl Sto. u. der Kaufmann Gerhard St. sämtlich aus Landeshut sind wegen Unterschlagung und Beihilfe dazu angeklagt. Die Angeklagten, die außer Gerhard St. bei der Darmstädter und Nationalbank in Landeshut angestellt waren, hatten, da sie sich in pekuniären Schwierigkeiten befanden, in der Zeit um Weihnachten 1923 nach und nach Beträge aus der Kasse genommen und dafür Quittungen hineingelegt, u. zw. mit dem festen Vorsatz, die entnommenen Beträge sobald als möglich wieder zurückzuerstatten. Da sie sich aber trotz aller Bemühungen kein Geld verschaffen konnten, war die Schuld noch vorhanden, als eines Tages im März 1924 die Revision kam. Durch ein geschicktes Scheckmanöver gelang es ihnen zuerst den Revisor zu täuschen. Als sie jedoch zu weiteren unerlaubten Hilfsmitteln griffen, kam die ganze Sache ans Licht. L. wird heute wegen Betruges und Urkundenfälschung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Th. erhält wegen Hehlerei, Begünstigung und Betrugs 2 Monate und Sto. wegen Betrugs und Hehlerei 1 Monat, 1 Woche Gefängnis. Gerhard St., der dem L. eine Blanko-Quittung eingehändigt hatte, von der er im Falle einer Revision Gebrauch machen sollte, wird wegen Begünstigung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Alle drei erhalten Strafaufschub bis 1928 wenn sie bis zum 1. Februar 1925 L. 100 Mark, Sto. und Th. je 50 Mark an die hiesige Gerichtskasse zahlen.

Bunte Tageschronik.

Hamburg. Auf ein 50jähriges Bestehen kann die deutsche Seewarte in Hamburg zurückblicken.

Dessau. Prinzessin Joachim von Preußen, die Witwe des jüngsten Sohnes Wilhelms II., der durch Selbstmord endete, hat sich in Dessau mit dem früheren Major Biener vermählt.

Frankfurt a. M. Im Alsongtal in der Pfalz wurde kürzlich bei einem Schneegewitter, das plötzlich hereinbrach, das seltene Schauspiel eines Mondregenbogens beobachtet.

London. Siebenhundert ostpreußische Auswanderer, die in dem Auswandererlager bei Southampton untergebracht wurden, sind wegen ungenügender Ernährung in den Streik getreten.

Hamburg. Die Deutsche Seewarte beging das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens. Hervorgegangen aus der Norddeutschen Seewarte, wurde sie am 9. Januar 1875 von dem Wirkl. Geheimen Rat Professor Dr. von Neumayer gegründet.

Börse und Handel.

* **Berliner Börsenbericht vom 12. Januar.** Die immer noch ungeklärte politische Lage machte sich bei der Börse deutlich bemerkbar, namentlich hielt das Publikum mit Kaufordern stark zurück und das Geschäft wurde in der Hauptsache von der berufsmäßigen Spekulation bestritten. Trotz des verhältnismäßig geringen Umfanges des Geschäfts war die Tendenz doch ausgesprochen fest. Anregend wirkte auf die Spekulation vor allem die große Flüssigkeit des Geldmarktes. Tagesgeld stellte sich auf 8—12 %, Monatsgeld auf 10—14 %. Besondere Beachtung fanden Automobilwerte auf günstige Goldmarkumstellungen hin. Inländische Anleihen lagen trotz einiger Schwankungen überwiegend fest.

* **Die Berliner Devisenbörse vom 12. Januar** nennt amtlich: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,11—20,16; holl. Gulden 169,44—169,86; Danz. 79,80—80,00; franz. Frank 22,50—22,56; belg. 20,99—21,05; schweiz. 80,90 bis 81,10; Italien 17,63—17,67; schwed. Krone 113,01 bis 113,29; dän. 74,91—75,09; norweg. 64,12—64,28.

* **Berliner Butterpreise.** Die Berliner Butternotierungskommission notierte am 10. Januar bei flauer Tendenz für ein Pfund Butter 1. Qualität 1,67, 2. Qualität 1,53 und abfallende 1,15 M., wobei Fracht und Gebinde zu Lasten des Käufers gehen.

* **Aufhebung eines Ausfuhrverbots.** Durch eine in diesen Tagen im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung kommende Verordnung des Reichswirtschaftsministers wird das Ausfuhrverbot für rohe, auch entfettete Knochen, Knochenzapfen (Hornpeddig), Hufe und Klauen zu anderen als Schnitzzwecken der Nr. 156f des statistischen Warenverzeichnisses aufgehoben.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr.

	12. 1.	10. 1.		12. 1.	10. 1.
Weiz., märk.	239-243	238 242	Weizkl. f. Brl	16	16
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	15,5	15.4
Rogg., märk.	230-236	228-234	Raps	405	405
pommerscher	—	—	Leinsaat	420-425	420-425
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	31-34	31-35
Futtergerste	202-220	200-218	K. Speiseerbs	20-23	20-23
Braugerste	282-293	260-292	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	179-186	176-184	Peluschken	16-17	16,0-17,0
pommerscher	167-178	—	Ackerbohnen	18-20	18-20
westpreuß.	—	—	Wicken	16-18	16-18
Weizenmehl			Lupin., blaue	11,5-13	11,5-13
f. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	16-16,5	16-16,5
Bin. br. inkl.			Seradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	18,2	18-18,2
Mrk. ü. Not.)	32,7-35	32,5-34,7	Leinkuchen	26	26
Roggenmehl			Trockenschzl.	9,2	9,3-9,5
f. 100 Kil. fr.			Kart. Zuckschn.	—	—
Bin. br. inkl			Kartoffelmehl 30/70	9,6-10	9,6-10
inkl. Sack	34,7-34,7	31,7-34,7	Kartoffelflk.	19,5	19,2-19,4

Vereins-Kalender.

Volksbücherei des Bürgervereins Bad Warmbrunn: Ausgabe jeden Montag von ½4—½6 Uhr im Gemeindeamt.

Volksbücherei des Bürgervereins Herischdorf. Ausgabe: jeden Donnerstag von 5—7 Uhr, Schulhaus 2.

Schützengilde. Jeden Dienstag Stutzenschießen im Restaurant „Zur Flotte".

Fremdenheim-Verein Warmbrunn. Donnerstag, den 15. Januar, abends ½8 Uhr. Hauptversammlung in der „Linde".

Verein der Handwerksmeister. Donnerstag den 15. Januar, abends 8 Uhr Hauptversammlung im Hotel Viktoria.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag abend 8 Uhr Gesangstunde im „Goldenen Löwen". Vorsitzender Gutsbesitzer M. Tschentscher. Chormeister P. Elger. — Sangesfreunde willkommen.

Militär- u. Kriegerverein. Am 17. Januar nochmalige Aufführung des Weihnachtsfestspieles.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey" Freitag, den 16. Januar, abends 8 Uhr Versammlung im „Rosengarten".

Turnverein Warmbrunn. Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Hauptversammlung im „Weißen Adler".

Feuerbestattungs-Verein. Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr im Hotel „Kynast", Hirschberg, 1. Generalversammlung, 2. im Anschluß daran öffentlicher Vortrag.

Männer-Turn-Verein Herischdorf, Sonntag, den 18. Januar 1925, nachm., 4 Uhr im Ernst's Gasthaus Hauptversammlung.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Zusatzrente für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene findet von jetzt ab regelmäßig am 15. jeden Monats in der Zeit von 10—12 Uhr in der hiesigen Gemeindekasse statt. An die pünktliche Abholung der Beträge wird nochmals erinnert.

Die jedesmalige Bekanntgabe der Auszahlungstermine fällt künftig fort.

Herischdorf, den 12. Januar 1925.

Der Gemeindevorstand: gez. Schwerdtner.

Zigarren
Zigaretten
Tabake
in bekannt guten Qualitäten
empfiehlt
Havanna-Haus
Georg Breiter
Bad Warmbrunn
Schloßplatz 11

Hotel zur Linde
Bad Warmbrunn
Mittwoch, den 14. Januar 1925:
Tee-Abend
Musikalische Unterhaltung
mit klassischem und modernem Programm.

Die neuesten Schlager und Chansons auf American-Cithern für Abend-Unterhaltung das Beste was es gibt.
Anfragen sind unter „Cithern-Band" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung zu richten.

Landhaus
in Berliner Vorort, 6 Zimmer, Obstgarten, sämtl. Comfort, gegen ähnliches zu tauschen gesucht.
Eiger, Berlin W.,
Bayreutherstr. 10.

Turn-Verein
Haupt-Versammlung am 17. Januar 1925 im „Schlesischen Adler"

Tagesordnung:
1. Jahresbericht
   Kassenbericht
   Bericht der Revisoren
   Bericht des Turnwarts
   Bericht des Zeugwarts
   Bericht des Bücherwarts
2. Wahl d. Verwalt.-Aussch.
   Ersatzwahl des Vorsitz.
   Ersatzwahl d. Kassierers
3. Haushaltungs-Plan 1925
4. Bekanntgab. v. Anschreib.
5. Werbeabend am 31. 1. 25.
6. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bettnässen
sofortige Befreiung
Alter und Geschlecht angeben.
Auskunft kostenlos.
Dr. med. Eisenbach, München A. 717
Arcisstrasse 61

Fremdenheim-Verein Bad Warmbrunn
i. Verb deutsch. Fremdenheime
Die Hauptversammlung
findet
Donnerstag
den 15. 1., abds. 7,30 Uhr, im Hotel „zur **Linde**" statt.

Beerdigungs-Institut
Sarg- und Trauer-Magazin
Oswald Birke
Bad Warmbrunn
Ziethenstr. 2 / Telephon Nr. 255
Erstes und größtes Institut am Platze

Großes Lager fertiger Särge
in Eiche, Kiefer, Fichte und Metall
jeder Größe und Preislage
Leichenwäsche
Übernahme aller zur Bestattung erforderlichen Bestellungen u. Lieferungen
Überführungen per Bahn und Gespann schnell und pietätvoll
Sachgemäß würdige Ausführung allseitig anerkannt
Annahme für Feuerbestattung

Mein Schweinskopf
Versand ist seit vielen Jahren berühmt.
Probepaket, 9 Pfund mit dicken Fettbacken frisch gepökelt: Pfd. **50** Pf., geräuch. Pfd. 60 Pf. Von 30 Pfd. an 48 und 58 Pf. ab hier.
Garantie beste, keine amerikan. Ware.
W. Peter Pape, Fleischwarenfabrik,
Hamburg 4 No. 89

Drucksachen jeder Art liefert in geschmackvoller Ausführung und zu billigsten Preisen
WARMBRUNNER NACHRICHTEN.

Inventur-Ausverkauf

Beginn: Mittwoch, den 14. Januar

Hermann Junge ✱ Bad Warmbrunn

Damen- und Kinderkleider,
Blusen, Jumper, Röcke, Klubjacken,
Sportjacken, Kleiderstoffe, Blusenstoffe, Kostümstoffe,
Seidenstoffe, Wäschestoffe, Schürzenstoffe, Handtücher, Staubtücher, Tischdecken, Tischtücher,
Servietten, Taschentücher, Stickereien,
Strümpfe, Handschuhe, Herren-Socken,
Korsetts, Büstenhalter, Hüftgürtel,
Handarbeiten

Schürzen, Unterröcke,
Taghemden, Nachthemden, Beinkleider,
Hemdhosen, Untertaillen, Garnituren, Kinderwäsche
Erstlingsartikel, Herren-Tag- und Nachthemden
Oberhemden, Serviteurs, Kragen, Krawatten, Sportkragen, Dauerwäsche, Hosenträger, Sportgürtel,
Trikotunterwäsche für Damen, Herren u. Kinder,
mod. Regenschirme, Damen- u. Kindermützen,
Sportstutzen, Wickelgamaschen,
Ski-Söckchen u. Röllchen

Preis-Ermäßigung bis zu 50%

Auf alle nicht zurückgesetzten Artikel während des Ausverkaufs 20 Prozent Rabatt.

Reste extra billig.

Verantwortlich für Reklamen und Inserate: Hans Patermann in Warmbrunn.